

Beschluss des Landrats vom 29.08.2019

Nr. 41

12. Fragestunde der Landratssitzung vom 29. August 2019

2019/439; Protokoll: pw

1. Caroline Mall: Vorkurs Pädagogik

Caroline Mall (SVP) bedankt sich für die Beantwortung und korrigiert, es sei die Kantonsschule Olten, die 17 Jahreslektionen zum Betrag von CHF 11'900.– anbiete, die durch den Kanton Basel-Landschaft an den Kanton Solothurn entrichtet werden.

Es wurde festgestellt, dass es keine externen Evaluationen gibt. Diese liegen auch nicht im Kompetenzbereich des Kantons, da die Schule entweder im Kanton Solothurn oder Aargau absolviert wird. Nichtsdestotrotz ist der Kanton Basel-Landschaft Geldgeber.

Die Rednerin hat zwei Zusatzfragen: *Möchte sich der Regierungsrat nicht dafür einsetzen, zu prüfen, wie der Ergänzungskurs ausgestaltet wird?*

Im zweitletzten Absatz auf Seite 2 steht, dass Arbeiten zur Konzeption der Ergänzungsprüfungen am Laufen seien. *Was sind dies für Arbeiten und setzt sich der Kanton Basel-Landschaft dafür ein?* Wie man sieht, ist die Durchfallquote relativ hoch.

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) bedankt sich für die Fragen. Falls die Lektionen in der Frage 1 vertauscht sein sollten, werden diese noch entsprechend angepasst.

Welche Möglichkeiten hat der Kanton Basel-Landschaft im RSA-Abkommen? Der Kanton ist nicht involviert und legt lediglich den Tarif fest, zuständig sind die Kantone Solothurn oder Aargau. Die Rednerin nimmt das Thema aber gerne mit, kann es bei den beiden Bildungsdirektorenkollegen ansprechen und sich nach allfälligen Evaluationen erkundigen.

Die Arbeiten zu den Ergänzungsprüfungen, die im Herbst angegangen werden sollen, liegen bei der FHNW und den beiden Schulen, welche den Kurs anbieten. Der Kanton Basel-Landschaft ist nicht in den Prozess involviert. Deshalb kann die Rednerin keine Auskunft geben, welche Arbeiten dort geleistet werden; wird jedoch nachfragen.

2. Andreas Bammatter: «Mir wei luege» – geht nicht mehr

Andreas Bammatter (SP) bedankt sich für die Beantwortung und hat zwei Zusatzfragen. *Weshalb sagt die Regierung, sie möchte etwas zum Schutz der Bevölkerung tun, wenn es trotzdem immer grössere Belastungen gibt? Was soll der Redner der Allschwiler Bevölkerung sagen, wenn erst im Jahr 2022 etwas unternommen wird?*

Caroline Mall (SVP) stellt fest, Lärm sei unangenehm, auch Fluglärm – darin sind sich wohl alle einig. Man muss sich aber in Erinnerung rufen, dass der Euro-Airport (EAP) auf französischem Territorium liegt und deshalb kein direkter Vergleich zum Flughafen Zürich gezogen werden kann, der die Kontingente einhält. In der Beantwortung hätte man auf Paris hinweisen können, welches schliesslich die grüne Karte hochhält. Dies wurde bislang im Landrat zu wenig thematisiert.

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) begrüsst auf der Tribüne Alt-Landratspräsident Hannes Schweizer.

Rahel Bänziger (Grüne) stellt eine Zusatzfrage: Die Verschlechterungen bezüglich Lärm schreiten schnell voran. *Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, dass die Überprüfung der Abflugverfahren nicht erst im Jahr 2022 abgeschlossen sein wird und Verbesserungen in Bezug auf die Fluglärmproblematik schon früher eintreten können?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) versichert, der Regierungsrat unternehme dasjenige, was er könne. Zur Erinnerung: Es ist ein binationaler Flughafen auf französischem Boden. Die Grundhaltung in Frankreich lautet: «Mais que voulez vous, c'est du sol français». Man muss sehr subtil, sehr korrekt und sehr diplomatisch vorgehen, um in Paris Zustimmung zu erreichen. Flugzeuge fliegen sehr schnell und Lärm hat Schallgeschwindigkeit; binationale Verfahren brauchen hingegen dennoch ihre Zeit.

Der Redner hat sich selbst auch die Frage gestellt, weshalb die Überprüfung so lange daure. Grund dafür ist die Flugsicherheit. Sollte irgendetwas passieren, sollte es einen Absturz geben oder gar einen Absturz über bewohntem Gebiet, möchte er selbst nicht in der Haut desjenigen stecken, der dies angeordnet hat und dafür verantwortlich ist.

Die Regierung nimmt das Problem sehr ernst. Die Prüfung der Abdrehpunkte wurde überhaupt erst durch das Engagement des Kantons im Verwaltungsrat ausgelöst. Dabei wurde dann eben festgestellt, dass die Kurven wieder nördlich auf das nichtbesiedelte Gebiet gehören und nicht über Allschwil / Schönenbuch.

Mirjam Würth (SP) stellt eine Zusatzfrage: *Sie hat mal gehört, dass die Flugkurve deshalb verschoben worden sei, weil der Kanton Jura keine Überflüge dulde. Ist dem so?*

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) ist diesbezüglich nichts bekannt. Dies wurde in keinem Gremium thematisiert.

Andreas Bammatter (SP) stellt eine Zusatzfrage: *Weshalb kann der Regierungsrat nicht einfach sagen, es tue ihm leid, die Wirtschaft sei wichtiger, und es sei ihm egal, was in Allschwil und Binningen passiert?* Der Redner ist frustriert. Obwohl der Regierungsrat sagt, er mache mehr, nimmt der Lärm zu. Und es ist nicht alleine Paris, es sind auch der Flughafenbetreiber und der Kanton Basel-Stadt. Den Lärm und den Dreck hat man aber im Baselbiet.

Antwort: Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) antwortet, der Regierungsrat könne dies nicht sagen, weil es nicht stimme.

3. Jan Kirchmayr: TNW Fahrten von Kleinkindern

Keine Zusatzfragen.

4. Andi Trüssel: Brandfall vom 30. Juni 2019

Andi Trüssel (SVP) hat den Eindruck, bei der Beantwortung der Fragen habe man wenig reflektiert. Als Bewohner von Frenkendorf hat er – an einem der heissesten Sommertage – weder via Alert Swiss noch über die Medien erfahren, dass der Rauch nicht giftig sei und man die Fenster wieder öffnen könne.

Zusatzfrage: *Weshalb wurde die Aussage des Polizeisprechers vom 2.7.2019 in der Basellandschaftlichen Zeitung nicht kommentiert?* Der Entscheid, erst dann einen Sirenenalarm auszulösen, wenn man die Messungen hat, ist nicht akzeptabel. Man muss dies vorher machen. Dann würde die Bevölkerung auch das Radio einschalten.

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) widerspricht der Aussage, dass der Kanton die Kosten im Fokus habe, wenn es um die Frage gehe, einen Sirenenalarm auszulösen oder nicht. Es ist klar: Eine Sirene wird ausgelöst, wenn etwas gefährlich ist. Die Messungen haben aber ergeben, dass es nicht gefährlich war. Es hat gestunken, geraucht, aber der Rauch war nicht gesundheitsgefährdend.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
